



Foto: GdP-Hessen

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Hessen: Hochglanz, Versprechungen und Zusagen!

Es geht nicht um „Haltungsnoten“, sondern um abgelieferte Leistungen!

„Blitzlicht“-Wahlkampf und Parteiprogramme

In der letzten Woche unserer Sommerferien stellen wir Bürgerinnen und Bürger fest, dass der Landtagswahlkampf in Hessen „Fahrt aufnimmt“. Plakate mit der MP-Spitzenkandidatin und den beiden MP-Spitzenkandidaten grüßen allenthalben. Wahlslogans versprechen uns allen unisono eine gute Zukunft. Die demokratischen, im Landtag vertretenen Parteien, die wir um Stellungnahme zu unserem Fragenkatalog ersuchten, haben Ende August final geliefert. Wir haben alles auf unserer HP veröffentlicht. Polizei braucht Respekt, steht auf einem CDU-Wahlplakat. Neben Respekt brauchen wir auch eine verfassungsgemäße Alimentierung und zusätzliches Personal, so viel steht fest! Viele von uns beschleicht das unangenehme Gefühl, dass gerade in Wahlkampfzeiten das, was politisch entschieden wurde und negative Auswirkungen für uns Polizeibeschäftigte hatte, nicht öffentlichkeitswirksam diskutiert wird. „Schöne und gute Botschaften“ sollen eben dies im Wahlkampf kaschieren. Podiumsdiskussionen auch unter Beteiligung der GdP stehen noch vor den Wahlen an, die Grünen und die SPD haben im September eingeladen. Klare Kante: Wir rücken von unseren GdP-Forderungen nicht ab, die wir auch in unserem Fragenkatalog an die politischen Parteien zur Beantwortung gerichtet haben. Die Antworten sind im Internet eingestellt.



Tarifverhandlungen TV-L – Zerreißprobe für die Gewerkschaften? TV-H startet im Januar 2024

Hierzu hat unser stellv. Bundesvorsitzender René Klemmer einen klaren Blick: „Die Ge-

werkschaft der Polizei (GdP) ist startklar. Ob Sprint oder Marathon: Wir sind bereit! Zusammen zahlt sich aus: ein Motto, das die GdP mit Leben füllt. Der Tarifabschluss Bund hat das auf eindrucksvolle Weise bewiesen. Er hat den Weg für die Tarifverhandlungen der Länder im Herbst vorgezeichnet. Für die Gewerkschaft der Polizei ist klar: Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder muss nachziehen und mindestens dem Ergebnis des Bundes entsprechen. Mit weniger geben wir uns nicht zufrieden!“

Starke Worte, der nun dringend Taten folgen müssen. Auch wir Hessen, die ja im Konzert der Bundesländer auf einer Insel namens TV-H leben, sind gefragt! Politische Verhandlungsführer lassen bereits in Vorfeldgesprächen gegenüber dem Bundesvorstand keine Zweifel daran, dass sie in dieser Runde (TV-L) den Druck auf die Gewerkschaften massiv erhöhen werden. Will heißen: Ohne öffentlichkeitswirksame Proteste unsererseits wird sich die Politik nicht beeindrucken lassen! Wir müssen „ALLE“ gemeinsam aufstehen und unseren Forderungen Nachdruck verleihen. Hoffentlich gehen viele Kolleginnen und Kollegen auf die Straße! Wir Hessen fallen bestimmt auf, den im Gegensatz zu uns dürfen die meisten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus anderen Bundesländern ihre Dienstbekleidung beim Protest und damit Wahrnehmung ihrer Rechte tragen!

Wie sonst soll die Öffentlichkeit mitbekommen, dass die Polizeibeschäftigten für faire Arbeits- und Einkommensbedingungen kämpfen! In Hessen kamen wir am 7. September 2023 im Rahmen von Redaktionsgesprächen im DGB-Verbund erstmals zusammen, um erste Forderungen für die Tarifverhandlungen in Hessen aufzustellen. Hier sind wir erst am Anfang und berichten nach.

Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und verfassungswidrige Alimentation

Zwei Formulierungen, die wie eine Bleiweste auf unseren Schultern liegt! Eigentlich müsste diese auf den Schultern der 51 Abgeordneten der amtierenden Landesregierung liegen, aber

die duckt sich weg! Während im Bund die Ruhegehaltsfähigkeit im Sinne der Kolleginnen und Kollegen geregelt wurde, zögert und zaudert die hessische Landesregierung. Die Regierungsfractionen wollen nicht und ziehen sich hinter dem selbst verabschiedeten Doppelhaushalt zurück. Peinlich! Die CDU-Fraktion antwortet u. a. dazu auf unsere Fragen: „Hessen hat unter Führung der CDU Hessen als erstes Land bereits gehandelt. Wir stehen zu unserer Verantwortung für unsere Landesbeamtinnen und -beamten und haben das klare Ziel, schnellstmöglich und rechtssicher zu einer verfassungskonformen Besoldung zu kommen.“ Ja und weiter? Zweimal 3 % sollen die seit 2013 begonnenen negativen Entwicklungen kompensieren? Bei diesen hohen und nie zuvor gekannten Inflationsraten? Ich finde dies mehr als eine „Ignoranz“ gegenüber uns Landesbeamtinnen und Landesbeamten! CDU-Fraktion weiter: „Wie die weiteren konkreten Schritte und der Zeitplan aussehen werden, hängt neben der finalen Rechtsprechung noch von weiteren Faktoren ab, sodass eine endgültige, detaillierte Beschreibung des Gesetzgebungsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt unseriös wäre.“ Danke für diese nebulöse Formulierung, die einen serösen Ausblick auf rechtsstaatliche Besoldung nicht zulässt!

Zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage teilt die CDU-Fraktion mit: „Wir setzen uns für eine angemessene Anhebung der Polizeidienstzulage ein und wollen in diesem Zusammenhang das unübersichtliche Zulagenwesen der Polizei insgesamt reformieren. Jene Beamtinnen und Beamte, die besonders belastende Dienste leisten, sollen eine angemessene Zulage erhalten.“ Ja, wann denn endlich? Was ist mit denjenigen, die bereits im Ruhestand sind und ein ganzes dienstliches Leben mit mehr als 40 Dienstjahren im Polizeidienst hinter sich haben? Die Brosamen, die Erhöhung des DuZ ernsthaft als Errungenschaft darzustellen, zeugt von (falschem) Selbstbewusstsein einer Regierungspartei. Schämt ihr euch eigentlich nicht? Für mich ist das ein „Schlag ins Gesicht“ gegenüber uns Polizeibeschäftigten.

Tarifbereich in der Polizei in der Sackgasse! Dazu die CDU-Fraktion: Eine pauschale Höhergruppierung im gesamten Polizeidienst



erscheint uns daher derzeit nicht angezeigt. Warum erkennt man nicht an, dass die Verantwortungsbereiche der Tarifbeschäftigten in der Polizei nicht enorm zugenommen haben? Damit einhergehende, zusätzliche Aufgabenwahrnehmungen müssen dringend in Form von angepassten Arbeitsplatzbeschreibungen neu bewertet werden. Es sind die Tarifbeschäftigten in der hessischen Polizei, „die den Motor am Laufen halten“!

Neue Polizeipräsidenten in Mittel- und Südosthessen in Ämter eingeführt

Das Kabinett hat vor den Landtagswahlen entschieden, den aus den Ämtern scheidenden Polizeipräsidenten Bernd Paul (Mittelhessen) und Eberhard Möller (Südosthessen) zum 1. September 2023 zwei Nachfolger zu bestellen. Am 31. August 2023 fand die Amtswechselfeier in Mittelhessen statt. Der Terminus Amtswechselfeier ist für mich neu, er stand so in der Einladung. Bernd Paul verlässt nach vielen Jahren die Kommando-Brücke. Ihm folgt Torsten Krückemeier nach. Daniel Muth folgt Eberhard Möller als neuer Präsident des Polizeipräsidiums Südosthessen nach. Hier fand am 11. September die Amtseinführung statt.

PP a.D. Möller verabschiedete sich in einer E-Mail bei seinen Beschäftigten. Einprägsam ist folgender Passus: „Auf meinen persönlichen Wunsch hin wird es keine Verabschiedung im großen Rahmen geben, da ich es für mich als unangemessen empfinde, als Einzelner für die Leistungen einer Mannschaft geehrt oder gefeiert zu werden. Mit einem sehr guten Gefühl und Dankbarkeit verlasse ich jetzt eine leistungsstarke Polizeibehörde mit vielen tollen Menschen. Ihnen wünsche ich für die Zukunft sowohl dienstlich als auch privat eine gute Zeit, Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.“

Rückblick: Eberhard Möller wurde (während der Pandemie) am 23. November 2020 von Staatsminister Peter Beuth in sein Amt als Präsident des Polizeipräsidiums SOH eingeführt. Bernd Paul war seit 21. November 2016 Polizeipräsident in Mittelhessen. **Ausblick:** Innenminister Peter Beuth sieht im 43-jährigen Torsten Krückemeier als neuen mittelhessischen Polizeipräsidenten einen Vertreter einer neuen Generation von Führungskräften, der Verantwortung innerhalb der hessischen Polizei trägt. Der neue mittelhessische Polizeipräsident ist verheiratet und hat zwei Kinder. „Torsten Krückemeier ist ein hervorragender Polizist, der sein Fachwissen und seine Führungsqualitäten bereits auf unzähligen Stationen in der hessischen Polizei und im Hessischen Innenminis-

terium unter Beweis gestellt hat“, wird Minister Beuth in einer Pressemitteilung zitiert. Der neue Polizeipräsident in Offenbach (PP SOH), Daniel Muth, wurde 1974 in Fulda geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Daniel Muth machte sich als Chef der Sonderkommission „Liemecke“, einen Namen, der die Ermittlungen im Mordfall des Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke erfolgreich leitete. **Abschied:** Beiden ausgeschiedenen, langjährigen Polizeipräsidenten wünschen wir im Namen der GdP Hessen alles Gute. Persönlich darf ich beiden PP a. D., insbesondere mit Rückblick auf ihre beiden dienstlichen Karrieren, wünschen, dass sie die Polizei und insbesondere die Polizeibeschäftigten immer in guter Erinnerung behalten. Immer im Wissen, dass die Polizeibeschäftigten beider Behörden explizit auch weiterhin mit ihrem unbändigen Engagement für die Polizeiarbeit, vor allem aber für die Menschen in den Zuständigkeitsbereichen PP Mittel- und Südosthessen, einsetzen werden. Das sind die Zutaten, lieber Daniel Muth und lieber Torsten Krückemeier, die man als Polizeipräsident für eine Amtsführung braucht. Euch beiden ebenfalls alles Gute im neuen Amt. Die Personalräte, der Hauptpersonalrat der Polizei und die GdP stehen jederzeit und vertrauensvoll, für kommende Aufgaben, gerne auch an eurer Seite. **Jens Mohrher**

Mehr Polizeiarbeit und Cannabis-Tourismus GdP Hessen zum Referentenentwurf des Gesetzes zur Cannabis-Freigabe

Der Referentenentwurf der Bundesregierung lässt die polizeiliche Realität außer Acht, mit welchem Personal der beabsichtigten Cannabis-Legalisierung begegnet werden soll. Selbstredend steht dabei unter vielen anderen Städten auch die Mainmetropole Frankfurt am Main mit dem Bahnhofsviertel im Blickpunkt. Wie bewertet die GdP Hessen den Entwurf zu dieser vorgesehenen Gesetzesänderung?

Vorbemerkung

Solange die EU die explizite rechtliche Genehmigung für das Vorhaben der Bundesregierung gibt, erscheint mir das Vorhaben der Ampel als ein reines „Abarbeiten der Koalitionsvereinbarung“! Wir sind Polizisten. Wir müssen Gesetze umsetzen, so sie denn beschlossen werden. Die Spezialität in der Gesamtdiskussion bei der

Legalisierung von Cannabis sind unter anderem auch die damit korrespondierenden Gesetze (z. B. Betäubungsmittelgesetz, Straßenverkehrsgesetz). Diese müssen zwingend angepasst werden. Beispielsweise bei der Frage der Auswirkungen einer Freigabe von Cannabis als Genussmittel auf die Straßenverkehrssicherheit und die polizeiliche Verkehrsüberwachung.

Bundeseinheitliche Regelungen, wie z. B. eine bessere, bundeseinheitliche separate Erfassung und Aufnahme von Verkehrsunfällen unter Einfluss von Cannabis und zur Frage der Höhe und praktischen Kontrollierbarkeit der THC-Grenzwerte, bleiben derzeit offen.

Größte Gefahr bei der Legalisierung ist, dass der Schwarzmarkt auch weiterhin Bestand haben und sich schlimmstenfalls ganz auf Jugendliche konzentrieren wird. Zudem wird der illegale Markt auch auf die „Preise des Staates“ reagieren. Es wird ein grenzüber-

schreitender Cannabis-Tourismus entstehen und darüber hinaus auch neue Szeneviertel.

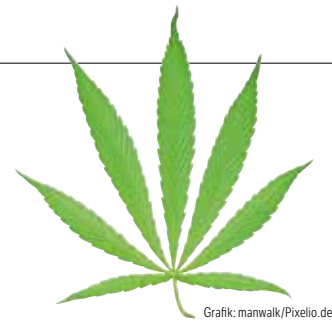
Hoffnung aus meiner Sicht, dass es für uns als Polizei besser wird, haben wir nicht. Ortsbezogene Konsumverbote sind kein wirksamer Schutz! Weil die Realität lehrt, dass in und um Schulen ohnehin Drogen und Alkohol konsumiert werden.

„Wer soll das kontrollieren oder sanktionieren? Bekanntermaßen sind auch Schulen, insbesondere die in gesellschaftlichen Brennpunkten, Hotspots der Drogenkriminalität.“

Am Beispiel des derzeit im Frankfurter Bahnhofsviertel herrschenden „Chaos und Elends“ wird deutlich, dass eine Vernetzung von kommunalen und staatlichen Stellen nicht umfänglich funktioniert. Wie soll dann noch „on top“ ein geordnetes und wirksames Zusammenarbeiten nach einer Cannabis-Legalisierung erfolgen?!



Grafik: Wlttig



Grafik: manwalk/Pixelio.de

Polizisten leben und arbeiten im steten Wandel. Nicht zuletzt auch durch die Veränderungen in der Gesellschaft, die wir in jedem Dienst immer aufs Neue feststellen müssen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Gesellschaft erodiert. Die Legalisierung von bisher verbotenen Substanzen und Drogen wird natürlich auch in den Streifenwagen und Kommissariaten diskutiert. Hauptsächlich auch, ob das neue Gesetz der Cannabis-Legalisierung auch praxistauglich sein wird. Da haben wir unsere Zweifel.

Wo liegen die Gefahren oder auch Chancen bei der Legalisierung?

Es gibt keine guten Drogen! Die rechtlichen Grundlagen zum Erwerb und Konsum von Cannabis sind weltweit sehr unterschiedlich.

So gibt es eine Vielzahl an Ländern, in denen sowohl der Erwerb als auch der Konsum strafrechtlich verboten sind.

Teilweise kann jedoch bei einer geringen Menge Cannabis zum Eigengebrauch von einer strafrechtlichen Verfolgung abgesehen werden, wie dies z. B. in Deutschland der Fall ist.

Es gibt jedoch auch einige wenige Länder, in denen mittlerweile nicht nur der Erwerb und Konsum, sondern in gewissem Umfang und unter bestimmten Voraussetzungen sogar der Anbau und die Abgabe von Cannabis legal sind; dies ist z. B. seit Oktober 2018 in Kanada der Fall.

In vielen Ländern, die eine striktere Gesetzgebung im Hinblick auf Cannabis haben, wird ebenfalls über eine (mehr oder weniger umfassende) Legalisierung von Cannabis diskutiert. Diese ist jedoch umstritten.

So wird befürchtet, dass eine Legalisierung eine steigende Konsumentenzahl zur Folge haben könnte und insbesondere Jugendliche zum Konsum von Cannabis animiert werden könnten. Dies wird vor allem vor dem Hintergrund, dass Cannabis als Einstiegsdroge gilt, als problematisch angesehen. Es muss endlich Schluss damit sein, den Joint schönzureden. Eine Freigabe sogenannter weicher Drogen ist das absolut falsche Signal. Gerade bei Jugendlichen kann der Konsum von Cannabis zu erheblichen Gesundheitsproblemen und sozialen Konflikten führen, weil beispielsweise heute häufiger deutlich höhere Wirkstoffgehalte vorliegen.

Ein recht beständiges Argument gegen die Legalisierung ist, dass sich der Konsum von Cannabis nach einer Legalisierung verstärkt und besonders junge Menschen durch die Le-

galität nicht mehr vom Konsum abgehalten werden. Abhängigkeiten können entstehen und psychische Erkrankungen zur Folge haben.

Die Wirkung von Cannabis wird überwiegend als angenehm und entspannend erfahren. Die Wahrnehmung verändert sich, die Schmerzempfindlichkeit sinkt und ein erhöhtes Wohlbefinden tritt auf.

Aufgrund der beschriebenen Wirkungen kann Cannabis-Konsum die Fahrtüchtigkeit einschränken. Prinzipiell gilt: Wer unter Cannabis-Einfluss Auto fährt, begeht eine Straftat und kann unter anderem den Führerschein verlieren. Zudem gefährden unter dem Einfluss von Drogen stehende Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer andere.

Die hessische Polizei ist aufgrund der dünnen Personaldecke nicht flächendeckend in der Lage, zusätzliche Verkehrskontrollen durchzuführen, die erforderlich werden, wenn Cannabis legalisiert wird. Anders als bei Alkohol hält die Wirkung von Cannabis-Produkten zudem deutlich länger an.

Worin liegt der Unterschied zwischen dem Konsum von Alkohol im Vergleich zu Cannabis?

Es macht keinen Sinn, neben dem legalen, aber gefährlichen Alkohol, die Tür für eine weitere gefährliche und oft verharmloste Droge zu öffnen. Das von Legalisierungsbefürwortern häufig gebrauchte Argument, Alkoholmissbrauch wirke sich insgesamt schädlicher aus als der von Cannabis, zielt am Kernproblem des problematischen Konsumverhaltens vorbei.

Was nicht unterschlagen werden darf, ist, dass Cannabis vielleicht eine weiche, aber genau wie Alkohol keine ungefährliche Droge ist. Das übermäßige Konsumieren von Alkohol richtet nachweislich schwere gesundheitliche Schäden an, die einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen.

Zudem wird Alkohol häufig unkontrolliert an Jugendliche abgegeben. Alkohol ist bei Kindern und Jugendlichen die am weitesten verbreitete psychoaktive Substanz. Problematischer Alkoholkonsum ist bei Kindern und Jugendlichen kein seltenes Phänomen. Erste Erfahrungen mit Alkohol fallen in die Altersgruppe zwischen 12 und 17 Jahren. Insgesamt trinken in den vergangenen Jahren zwar weniger Jugendliche regelmäßig Alkohol, aber die, die trinken, konsumieren Alkohol riskanter. In den letzten Jahren hat das sogenannte Voll-

rauschtrinken zugenommen und unter den Jugendlichen an sozialer Akzeptanz gewonnen.

Auch ist die Anzahl von Alkoholvergiftungen unter Jugendlichen in den vergangenen Jahren gestiegen. Alkohol ist oft Auslöser von schweren oder gar tödlichen Verkehrsunfällen in Deutschland. Die Polizei kontrolliert, soweit es die dünnen Personaldecken zulassen, anlassbezogen im Rahmen von Verkehrskontrollen die Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr.

Oft werden insbesondere Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer mit hohen Promillewerten aus dem Verkehr gezogen. Bei Großkontrollstellen auf Rastplätzen der Bundesautobahnen entdeckt die Polizei erschreckend viele Fahrer mit Alkohol in der Atemluft. Auffallend ist der Anteil osteuropäischer Trucker. Ein Beispiel:

Anfang Januar 2019 haben in einer spektakulären Aktion rund 250 Polizisten aus Hessen insgesamt 1.200 Lkw-Fahrer auf Parkplätzen entlang der hessischen Autobahnen kontrolliert. Das erschreckende Ergebnis: 190 Fahrer hatten Alkohol getrunken, 79 Berufskraftfahrer darunter gar so viel, dass sie nicht weiterfahren durften. Der Cannabis-Konsum findet weitestgehend im Verborgenen statt.

Cannabis kann erhebliche psychische Probleme verursachen, zum Beispiel ausgeprägte Angst- oder Panikgefühle.

Möglich sind auch einer Psychose nahe Zustände mit ausgeprägten Gedankensprüngen und Verfolgungsideen. Dementsprechend fallen Konsumenten im Straßenverkehr beim Führen eines Fahrzeuges immer nur dann auf, wenn bei Kontrollen entsprechende Feststellungen getroffen werden können. Anders als beim Alkohol riecht man den gerauchten „Joint“ im Gegensatz zum alkoholischen Getränk meist nicht. Eine Legalisierung von Cannabis würde die Polizeibeschäftigten zusätzlich fordern.

Die nicht auszuschließende Teilnahme am Straßenverkehr, die nach dem Gebrauch von Cannabis stattfindet, kann durch Ausfallerscheinungen wie Störung des Gleichgewichtsinns oder eine beeinträchtigte Koordination beeinträchtigt sein.

Da Cannabis die Fahrtüchtigkeit beeinflussen kann, könnte eine Legalisierung auch zu mehr Verkehrsunfällen führen. In jenen US-Staaten, die Cannabis legalisiert haben, ist eine signifikante Häufung von Verkehrsunfällen in der Cannabisintoxikation zu beobachten.

Der Gesetzgeber darf es sich nicht zu einfach machen, um die politischen Absprachen einfach so in die Realität umzusetzen, zulasten anderer! **Jens Mohrherr**



NEUEINSTELLUNGEN

GdP Hessen unterstützt die GdP in Baden-Württemberg bei den Neueinstellungen

Über unser Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand, Katrin Kuhl, kam Anfang des Jahres die Anfrage an das hessische Team der Berufsvertretungsstunde, ob wir die Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg nicht unterstützen können.

Es gibt bei unseren südlichen Nachbarn fünf Ausbildungsstandorte, die über das ganze Bundesland verteilt sind. Zudem gibt es drei Einstellungstermine, die für die Werbung der neuen Mitglieder abgedeckt werden müssen.

Bei uns in Hessen haben wir die vier Standorte in Wiesbaden, Mühlheim, Gießen und Kassel sowie einen Einstellungstermin Anfang September und einen Mitte Februar.

Wenn Freunde einen um Hilfe bitten, lässt man sie in der grünen GdP-Familie nicht allein. Im Frühjahr dieses Jahres kam der Vorsitzende der Jungen Gruppe der GdP in Baden-Württemberg, Jonas Witzgall, mit Jan Szewczyk zu uns zu Besuch. Aus

diesem Treffen entstand sofort eine echte Freundschaft und Verbundenheit. Wir waren von den vielen Ideen und der hohen Motivation der beiden jungen Kollegen sehr beeindruckt.

In den folgenden Monaten blieben wir immer in Kontakt und tauschten uns aus.

Anfang August war es dann so weit. Ein Team aus sechs Kolleginnen und Kollegen, ganz gemischt von jung bis erfahren, fuhr nach Herrenberg und am nächsten Tag nach Wertheim.

Unsere Freunde in Baden-Württemberg hatten sehr professionelle Stände und an beiden Standorten ein großartiges Team, was auf uns wartete. Die Vorträge wurden ähnlich wie bei uns auch gehalten, jedoch haben unsere Freunde dafür 45 Minuten Zeit und wir in Hessen nur 15 Minuten!

Nachdem wir die Luft des Südens in Herrenberg geschnuppert hatten, konnten wir am zweiten Tag in Wertheim voll einsteigen. Drei Klassen hörten sich je den Vortrag der GdP und der DPOLG an. Von 75 Anwärterinnen und Anwärtern, übrigens POK-A (A 10), dazu später mehr, gelang es dem GdP-Team fast zwei Drittel für die GdP-Familie zu gewinnen. Mit einigen kleinen Tipps und hessischer Manpower gelang so ein schöner GdP-Erfolg.

Das Land Baden-Württemberg hat in diesem Jahr erstmalig begonnen, alle Anwärter des gehobenen Dienstes nicht als Polizeikommissar-Anwärter A 9 in der Ausbildung starten zu lassen, sondern in der A 10 als Polizeioberkommissar-Anwärter. Nach dem Studium sind die jungen Kolleginnen und



Kollegen damit gleich in der A 10. Der mittlere Dienst ist nach der Ausbildung nicht wie bisher Polizeiobermeister A 8, sondern Polizeihauptmeister A 9.

Wenn unsere Landesregierung dies nicht erkennt und auch das Gehaltsgefüge in Hessen für alle Besoldungsstufen nicht dringend verbessert, werden viele junge Menschen aus Hessen, die an der Grenze zu Baden-Württemberg leben, lieber dort anfangen. Zudem können sie in den fünf Standorten umsonst direkt an der Hochschule in Zweibettzimmern wohnen, die der Dienstherr zur Verfügung stellt.

Als Hesse kam man sich auch bei der Ausstattung der Lehrsäle und der beiden Hochschulen wie der arme Verwandte aus dem Norden vor.

Mein besonderer Dank gilt Jonas Witzgall für den herzlichen Empfang und Nicole Hoffmann für die gute Organisation unserer Reise. Aber auch bei der Jungen Gruppe Hessen möchte ich bei Angelina, Cora und Lukas herzlich Danke sagen. Mit Wulf und Dietmar waren noch zwei erfahrene Kollegen mit im Team, euch auch vielen Dank!

Wir kommen bestimmt wieder! Erbarmen, die Hessen kommen, oder wie hieß das Lied doch gleich der Rodgau Monotonen?

Stefan Ruppel



Fotos: Stefan Ruppel



Nina Bachelier (li.) und Kerstin Wöhe

EINSATZBETREUUNG

GdP beim Eritrea-Festival in Gießen

Vom 6. bis zum 9. Juli 2023 fand in Gießen das Eritrea-Festival in den Hesselhallen statt.

Aus diesem Grund befanden sich an den vier Tagen insgesamt über 5.000 Kräfte im Einsatz, am Samstag, dem 8. Juli, dem Haupteinsatztag, waren es gleichzeitig über 1.400 eingesetzte Kräfte. Es kam Unterstützung aus dem ganzen Bundesgebiet.

Für uns als GdP war schnell klar, dass wir eine Einsatzbetreuung anbieten würden.

Bereits am Donnerstag bauten wir einen Stand im Saal Florenz direkt neben der Verpflegungsstation auf.

Dort versorgten wir Donnerstag und Freitag die Kräfte mit kalten Getränken und Snacks und hatten auch immer mal Zeit für ein nettes Gespräch.

Am Samstag spitzte sich die Lage zu: Kerstin Wöhe und ich waren nonstop im Einsatzgebiet unterwegs, um die Kollegen nicht nur mit Snacks der GdP zu versorgen, sondern auch mit Kaffee, Verpflegungsbeu-

tern und zum Schluss auch mit warmem Essen, da diese Sachen zwar im Verpflegungspunkt ausreichend vorhanden waren, aber nicht zu den Kräften nach draußen gelangten.

Über unsere Hotline „Zentrale Einsatzbetreuung“ waren wir rund um die Uhr erreichbar und konnten alle Anfragen und Hilferufe, die darüber aufliefen, abarbeiten und die Kollegen da versorgen, wo es nötig war.

Man kann sagen, die kalte Cola wurde uns aus den Händen gerissen. Wir mussten schließlich auf andere Getränke umsteigen, da Cola komplett ausverkauft war.

Auch die Sonnencreme, die wir in kleinen Packungen eingekauft hatten, kam gut an und wurde von den Kolleginnen und Kollegen dankbar angenommen.

Vielen Dank an alle eingesetzten Kräfte und an die Freiwilligen, die uns an diesen Tagen bei der Einsatzbetreuung unterstützt haben!

Nina Bachelier



Fotos: GdP/MH

Getränke waren sehr gefragt.

LESERBRIEF ZUM VORWORT IN DER „DP“, AUSGABE 08/23

„Erschwerniszulage KiPo“

Weitere Mitteilungen nehmen wir gerne von euch entgegen! So steht's geschrieben im Vorwort des Landesteils der „DP“ aus dem August, also teile ich mal meine Meinung mit.

Ich wundere mich schon sehr, dass die „Erschwerniszulage KiPo“ strittig thematisiert wurde. Zu Beginn: Eine Vermischung mit der „amtsangemessen Besoldung“ geht am Thema vorbei.

„Die mit Sicherheit gut gemeinte Zulage wird für viel Unmut sorgen, stuft sie doch, ob gewollt oder ungewollt, polizeiliche Arbeit in verschiedene Klassen ein ...“

Ja, selbstverständlich tut die Zulage das – und zwar vollkommen zu Recht! Polizeiliche Arbeit wird in verschiedenen Klassen bewerkstelligt! Deswegen gibt es auch, ebenfalls vollkommen zu Recht, zum Beispiel eine Schichtzulage.

Auch die OPE-Zulage, im Übrigen ein Musterbeispiel vorbildlicher Gewerkschaftsarbeit der GdP, wird zu Recht gezahlt.

Wer sich täglich von Dienstbeginn bis Dienstende und ohne jegliche Abwechslung mit den widerwärtigsten Abgründen menschlichen Daseins beschäftigen muss, die zu allem Überfluss auch noch ausnahmslos zum Nachteil der Schwächsten in der Gesellschaft – der Kinder – begangen werden, hat ein Recht auf diese Zulage!

An „normale“ Leichensachen gewöhnt man sich. Wer aber einmal – wie ich es mehrfach musste – ein ertrunkenes Kind bergen musste, hat ein Leben lang was davon – mein Wort drauf!

Zweifel? Ich empfehle jedem die Zeilen, die Janna Knudsen (vorm. Lewin) in der „DP“ in den letzten Monaten zum Thema geschrieben hat, danach wird es kaum noch Zweifel geben.

Und: für jeden, der die „Erschwerniszulage KiPo“ gerne bekommen möchte: Bei der AG Fokus sind noch ausreichend Plätze vorhanden. Einfach dort arbeiten und schon bekommt man das Geld! Gleiches gilt übrigens für die Schicht- oder OPE-Zulage. Wer sie bekommen möchte, sollte einfach dort arbeiten.

Meine Meinung: JEDE und JEDER, die in diesem Deliktsfeld arbeitet, hat nicht nur die Zulage, sondern auch unsere Unterstützung verdient – aber bestimmt keine Diskussion, ob die Zulage gerechtfertigt ist.

Harald Zwick

Hinweis: Die Redaktion behält sich Veröffentlichung und Kürzen von Leserbriefen vor.

Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



„IHR SEID DIE BESTEN“

Sporttag an der HÖMS Kassel zum Semesterende



Endlich ist alles wie vor Corona! Auch die HÖMS in Kassel veranstaltete Anfang Juli endlich wieder in guter, alter Tradition den Sporttag für die Studierenden.

Die JUNGE GRUPPE der GdP an der HÖMS wurde im Vorfeld von den zuständigen Organisatoren gefragt, ob wir nicht wieder einen Stand am Sportplatz aufstellen möchten.

Na klar wollten wir das! Die Gespräche gerade zum Abschluss des Studiums und die Versetzungen in die Dienststellen der Polizei Hessen geben ja oft Grund für offene Fragen,

auch wie es mit der GdP-Mitgliedschaft nach dem Studium weitergeht.

Mit Katha, Lukas und Cora konnten wir dann den Stand der GdP betreuen. Gemeinsam mit der Kreisgruppe der GdP Bereitschaftspolizei hatten wir Bananen, Äpfel, gekühlte Capri-Sonne und etwas Süßes sowie kalte Energydrinks im Angebot.

Die Studis kamen wie erhofft und nahmen unsere gekühlten Getränke und das Obst in den Pausen dankend an. Oft waren „unsere Kunden“ überrascht, dass sie sich aus unserem Angebot gratis bedienen

konnten. Um hier nur einige Zitate zu nennen: „Ihr seid die Besten“, „Dass die GdP das für uns macht, ist echt klasse“, „Ich bin in der geilsten Gewerkschaft organisiert“.

Das war ein schönes Lob für das GdP-Team vor Ort. Auch die wichtigen Gespräche wurden zahlreich geführt. Allein von dem Abschlussjahrgang kommen 55 Kolleginnen und Kollegen als GdP-Mitglied zum 1. August 2023 in die Bezirksgruppe Nordhessen.

Herzlich willkommen im grünen Team!
Stefan Ruppel



ÜBUNG MACHT DEN MEISTER

Spaß und Action beim Einstellungstraining der GdP

Mitten in den Sommerferien fand das Merste Einstellungstraining der Bezirksgruppe Mittelhessen statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, Interessierten am Polizeiberuf einen Einblick in ein Testverfahren zu geben, welches dem bei der hessischen Polizei ähnlich ist.

Elf Teilnehmer waren angemeldet, zehn junge Erwachsene nahmen letztendlich teil.

Nach einer kurzen Begrüßung und einer kleinen Vorstellungsrunde ging es auch direkt los mit einem 45-minütigen Intelligenztest. Im Anschluss bekam jeder direkt sein Testergebnis und konnte schnell seine Stärken und Schwächen erkennen und an welchen Bereichen man noch arbeiten muss.

Nach einer kurzen Pause, bei der gekühlte Getränke und Snacks bereitstanden, ging es in der Turnhalle mit dem Sporttest weiter.

Hier konnte sich jeder austesten und feststellen, ob er gut vorbereitet gewesen wäre oder langsam mit dem Training anfangen sollte.



Danach kam die wohlverdiente Mittagspause, bei der belegte Brötchen, frisches Gemüse und weitere Snacks gegessen werden konnten.

Zu guter Letzt gab es einen kurzen Einblick, was einen bei einem Gruppen- oder

Einzelgespräch erwartet und worauf man bei sich selbst achten sollte.

Hier tauchten auch noch einige Fragen auf, die alle schnell beantwortet und geklärt werden konnten.

Das Fazit am Ende war eindeutig:

Alle hatten großen Spaß und waren dankbar, dass sie sich in einem geschützten Raum austesten konnten, ohne dass es Konsequenzen für die Zukunft hat.

Und wer weiß, vielleicht treffen wir den einen oder anderen in den nächsten Jahren an einem unserer Stände bei der Berufsvertretung wieder.

Wir freuen uns drauf!

Zum Schluss geht noch ein ganz großer Dank an die Bezirksgruppe Nordhessen und an die GdP-Kreisgruppe Eschwege der Bundespolizei, die uns an diesem Tag unterstützten und tatkräftig zur Seite standen!

Nina Bachelier





Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Main-Kinzig

Freitag, 13. Oktober, 9.30 Uhr
Restaurant Kaufmanns, Hanauer Landstr. 31, 63571 Gelnhausen-Meerholz

Werbung

Aufgebrochen im Wandel: Bilanz und Perspektiven schwarz-grüner Regierungspolitik 1999–2023 in Hessen

Anlässlich der Landtagswahl am 8. Oktober 2023 in Hessen beleuchtet der vorliegende Sammelband die Arbeit der Landesregierung in zentralen Feldern der Politik und wirft einen Blick auf die Herausforderungen der kommenden Jahre. Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme formulieren die Autor_innen Anforderungen an die nächste Landesregierung, die insbesondere die Interessen der abhängig Beschäftigten im Blick haben. Wie seine Vorgängerbände will auch dieser Band einen Diskussionsbeitrag zu der Frage leisten, wie das Leben und Arbeiten der Menschen in Hessen durch die künftige Landesregierung verbessert werden kann und soll.

**248 Seiten,
Büchner-Verlag,
30€.**



DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden